



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

**An die
Mitglieder des Rates
der Stadt Bergisch Gladbach**

nachrichtlich:
an die Fraktionsgeschäftsstellen,
den Verwaltungsvorstand I und II,
die Fachbereiche 1-8,
die Stabstellen und
das Rechnungsprüfungsamt

**Allgemeine Verwaltung und
Verwaltungssteuerung**
Rathaus Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
Sachbearbeiterin: Helga Monheim
Zimmer: 35
Telefon 02202/142245
Telefax 02202/14702245
Internet: <http://www.bergischgladbach.de>
E-mail: H.Monheim@stadt-gl.de
25.09.2009

Ratssitzung am 29.09.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, erhalten Sie anliegend die überarbeitete Fassung der Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 29.09.2009, in der die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr, des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und des Hauptausschusses, die nach Versand der Ratseinladung stattgefunden haben, eingefügt sind. Die Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung:


Stephan Schmickler
Erster Beigeordneter

Anlagen

Internet:
www.bergischgladbach.de

Bankverbindung:
Kreissparkasse Köln
Bankleitzahl 370 502 99
Konto 312 000 015

Allgemeine Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 8:30 - 12:30 Uhr
Donnerstag 14:00 - 18:00 Uhr
Abweichende Öffnungszeiten
sind oben vermerkt. 1



Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 29.09.2009

(25.09.2009)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind – bis auf einige Ausnahmen – keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Berichterstattung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 30.06.2009 – öffentlicher Teil - ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 30.06.2009 - öffentlicher Teil –**
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
 - 4.1 Anzeige von Nebentätigkeiten**
Die Vorlage ist beigelegt.
- 5 Schenkung des Sammlerehepaares Welle in Paderborn an die Galerie Villa Zanders**
Vorlage: 331/2009
Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 08.09.2009 einstimmig empfohlen, in Anbetracht des hohen Stellenwertes der Papierarbeiten Kunklers für den städtischen Kunstbestand, die Schenkung mit einem herzlichen Dank an die Eheleute Welle anzunehmen.
- 6 Jahresrechnung 2007**
Vorlage: 277/2009
Wegen der noch fehlenden Stellungnahme der Verwaltung zu Differenzen zwischen der „Ist- Summenfortschreibung“ und dem „kassenmäßigen Ist- Abschluss“ hat der Rat in seiner Sitzung am 30.06.2009 die Beschlussfassung zur Jahresrechnung 2007 vertagt. Der Niederschrift zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 17.06.2009 wurde die nachträgliche Stellungnahme der Verwaltung vom 30.07.2009

beigefügt. Die durch einen technischen Fehler entstandene Differenz wurde durch Nachbuchung ausgeglichen.
Die Jahresrechnung 2007 wird nun dem Rat erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

7 Bericht zur Haushaltssituation

Die Verwaltung wird zur Haushaltssituation in der Ratssitzung berichten.

8 Haushaltswirtschaftliche Sperre

Vorlage: 0404/2009

Die Mitteilungsvorlage wurde im Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 22.09.2009 zur Kenntnis genommen.

9 Konjunkturpaket II

- Verfügung restlicher Mittel

Vorlage: 0366/2009

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 08.09.2009 einstimmig beschlossen, die Vorlage zum **Konjunkturpaket II – Verfügung restlicher Mittel (0366/2009)** in eine Mitteilungsvorlage umzuwandeln. Die Mitteilungsvorlage wurde dann zur Kenntnis genommen.

Aufgrund der Beschlussfassung zu Drucksache 360/2009 *Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)* verzichtete der Finanz- und Liegenschaftsausschuss in der Sitzung am 22.09.2009 auf eine Beratung der Vorlage 0336/2009 *Konjunkturpaket II, Verfügung restlicher Mittel*.

10 Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)

Vorlage: 0360/2009

Dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann und dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport lagen folgende Beschlussvorschläge der Verwaltung zum *Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)* vor:

1. Die Sportplätze „Saaler Mühle“, „Heuweg“, „Rübezahwald“ und „IGP“ sollen durch die Vereine SC 1927 Bergisch Gladbach e.V., SV Refrath-Frankenforst 1926 e.V., SSV Jan Wellem 05 e.V. und Gencler Birligi e.V. als Kunstrasenplätze neu gestaltet werden. Hierfür werden insgesamt aus dem Konjunkturpaket II Zuschüsse in Höhe von bis zu 1.000.000 € gewährt. Hieraus können ca. 50 % der notwendigen Kosten bestritten werden; den Restbetrag tragen die Vereine. Die Gewährung des Zuschusses aus Mitteln des Konjunkturpaketes II erfolgt vorbehaltlich der Vorlage eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes durch die Vereine.
2. Die Sportplätze sollen den Vereinen per Nutzungsüberlassungsvertrag übertragen werden. Die zeitliche Schulnutzung wird festgeschrieben. Hierfür erhalten die Vereine einen Betriebskostenzuschuss in Höhe der tatsächlichen Betriebskosten des Jahres 2008 (mit Erhöhungsklausel bei Erhöhung des vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Verbraucherpreisindexes). Die Vereine tragen damit alle Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Plätze.
3. Soweit die Sanierung des Sportplatzes Steinbreche spätestens bis zum 31. März

2010 finanziell gesichert (Eingang des Bewilligungsbescheides der Bezirksregierung zur Kieselrotsanierung) ist und mit der Maßnahme unmittelbar begonnen werden kann, unterbleibt die beabsichtigte Förderung des Projektes Heuweg (SV Refrath-Frankenforst) aus Mitteln des Konjunkturpaketes II. Der Platz Steinbreche wird dann aus Haushaltsmitteln (unter Einbeziehung des Zuschusses der Bezirksregierung) – bei Aufhebung der Haushaltssperre - saniert und neu aufgebaut. Der SV Refrath-Frankenforst ist bereit, dann die Kosten für den Aufbau einer Kunstrasenoberfläche für den Sportplatz Steinbreche (Unterschiedsbetrag zwischen Tennenplatzaufbau und Kunstrasen) zu übernehmen.

4. Der Sportplatz "Braunsberg" in Herkenrath wird aus Haushaltsmitteln saniert. Hierfür werden die erforderlichen Mittel in 2009 in Höhe von 550.000 Euro wegen Unabweisbarkeit im Rahmen einer außerplanmäßigen Auszahlung bereitgestellt. Die erforderliche Deckung erfolgt aus entbehrlichen Mitteln für die "Beteiligung an den Baukosten der Stadtbahnverlängerung".
5. Für den Bau der Schulmensa am städtischen Nikolaus-Cusanus-Gymnasium werden 300.000,- € aus Mitteln des Konjunkturpaketes II reserviert. Für denselben Zweck werden aus Mitteln des FB 8 bis zu 100.000,- € - bei Aufhebung der Haushaltssperre – zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 03.09.2009 aus Gendersicht einstimmig bei fünf Enthaltungen (eine KIDinitiative, eine FDP, zwei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und eine SPD) empfohlen, den Beschlussvorschlägen der Verwaltung vorbehaltlich der Finanzierung zu folgen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport lehnte einstimmig eine Beschlussempfehlung zu den Ziffern 1 bis 4 ab.

Zu Ziffer 5 empfahl der Ausschuss einstimmig folgenden Beschluss zu fassen:
Für den Bau der Schulmensa am städtischen Nicolaus-Cusanus-Gymnasium werden 300.000,- € aus Mitteln des Konjunkturpaketes II reserviert. Für denselben Zweck werden aus Mitteln des FB 8 bis zu 100.000,- € - bei Aufhebung der Haushaltssperre – zur Verfügung gestellt.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat in der Sitzung am 22.09.2009 dem Rat einstimmig bei Enthaltung der KIDinitiative folgende, vom Verwaltungsvorschlag abweichende Beschlussempfehlung gegeben:

1. Die Sportplätze „Saaler Mühle“, „Heuweg/Steinbreche“, „Herkenrath“, „Rübezahwald“ und „IGP“ sollen durch die Vereine SC 1927 Bergisch Gladbach e.V., SV Refrath-Frankenforst 1926 e.V., SSV Jan Wellem 05 e.V. und Gencler Birliqi e.V. als Kunstrasenplätze neu gestaltet werden. Hierfür werden insgesamt aus dem Konjunkturpaket II Zuschüsse in Höhe von bis zu 1.000.000 € gewährt. Hieraus können ca. 50 % der notwendigen Kosten bestritten werden; den Restbetrag tragen die Vereine. Die Gewährung des Zuschusses aus Mitteln des Konjunkturpaketes II erfolgt vorbehaltlich der Vorlage eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes durch die Vereine **unter Abwägung einer Gesamtschau der Investitionen 2009 / 2010. Eine abschließende Entscheidung erfolgt in der übernächsten Ratssitzung.**

Ziffern 2,3, und 4 werden gestrichen.

5. Für den Bau der Schulmensa am städtischen Nicolaus-Cusanus-Gymnasium werden 300.000,- € aus Mitteln des Konjunkturpaketes II reserviert. Für denselben Zweck werden aus Mitteln des FB 8 bis zu 100.000,- € - bei Aufhebung der Haushaltssperre – zur Verfügung gestellt.

11 Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Bücherei Bensberg)

Vorlage: 0365/2009

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport lehnte in der Sitzung am 08.09.2009 mehrheitlich bei drei Ja-Stimmen von BfBB und FDP, den von der Fraktion BfBB gestellten Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes „Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Bücherei Bensberg)“ ab.

In getrennter Abstimmung über die Punkte 1 bis 3 (inklusive der dem Ausschuss mitgeteilten Ergänzungen in Punkt 2 „...bzw. eine dessen Tochtergesellschaften...“ „... konkret für ein anteilige Fläche der Bucherei...“ und in Punkt 3, Satz 2 „Der Abschluss dieser Vereinbarung ist Voraussetzung zur Gewährung des o.a. Investitionszuschusses.“) gab er dann dem Rat folgende Beschlussempfehlungen:

1. (einstimmig bei zwei Enthaltungen von BfBB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Die Stadtteilbücherei Bensberg soll ab dem 1.1.2011 in dem neu errichteten Gebäude Schloßstraße 86 (Solitär) betrieben werden.
2. (einstimmig bei einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Hierfür erhält „Progymnasium e.V.“ bzw. *eine dessen Tochtergesellschaften* zur Errichtung des Gebäudes, *konkret für anteilige Flächen für die Bücherei*, einen Investitionszuschuss von 200.000 Euro aus dem Konjunkturpaket II. Die Büchereinutzung ist per Grunddienstbarkeit nachhaltig auf 20 Jahre abzusichern.
3. (einstimmig bei einer Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Zu Beginn der neuen Ratsperiode legt die Verwaltung dem ABKSS ein beschlussfähiges Konzept zur Trägerschaft und den Rahmenbedingungen sowie eine entsprechende Kooperationsvereinbarung vor. *Der Abschluss dieser Vereinbarung ist Voraussetzung zur Gewährung des o.a. Investitionszuschusses.*

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat in der Sitzung am 22.09.2009 einstimmig die Beratung der Angelegenheit vertragen.

12 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009

Vorlage: 0403/2009

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat in der Sitzung am 22.09.2009, die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

13 Über- und außerplanmäßige Auszahlungen/Aufwendungen 2008

Vorlage: 0396/2009

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss hat in der Sitzung am 22.09.2009, die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

- 14 **Beteiligungsbericht 2007**
Vorlage: 0352/2009
 Die Vorlage ist beigefügt.
- 15 **Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen
 Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
Vorlage: 0380/2009
 Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 17.09.2009 mit mehrheitlich 16 Ja-Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative, bei einer Gegenstimme von BfBB folgende Beschlussfassung empfohlen:
 Der Rat stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW
1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in

Aktiva und Passiva mit	12.098.670,55 €
Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem	
Jahresüberschuss von	308.603,62 € fest,
 2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.
 3. Der Jahresüberschuss 2007 wird
 - a) in Höhe von 258.603,62€ gemäß § 10 Abs. 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt
 - b) in Höhe von 50.000,00 € an den städtischen Haushalt abgeführt.
- 16 **Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den
 Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung
 "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"**
Vorlage: 0433/2009
 Die Vorlage ist beigefügt.
- 17 **Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen
 Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
Vorlage: 0418/2009
 Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss ist in der Sitzung am 22.09.2009 einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt. Die Vorlage ist beigefügt.
- 18 **Entlastung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses für den Jahresabschluss
 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich
 Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"**
Vorlage: 0434/2009
 Die Vorlage ist beigefügt.
- 19 **Jahresabschluss 2008 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**
Vorlage: 0394/2009
 Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss ist in der Sitzung am 22.09.2009 einstimmig bei jeweils einer Enthaltung der KIDitiative und der CDU dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt.

20 **Einwohnerfragestunde**
Vorlage: 0332/2009
Die Vorlage ist beigelegt.

21 **Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister**

Vorlage: 0406/2009

Der Hauptausschuss hat in der Sitzung am 24.09.2009 nach kontroverser Diskussion dem Rat folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

1. (bei Stimmengleichheit abgelehnt)
Die Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss wird abgelehnt.
2. (mehrheitlich gegen eine Stimme aus der CDU und eine Enthaltung der CDU)
Der Vergabeausschuss wird beibehalten.
3. (mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und KIDinitiative)
Die Aufgaben des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann werden in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung und Integration eingegliedert.
4. (mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und KIDinitiative gegen sechs Stimmen von CDU, bei Enthaltung von FDP und BfBB).
Die Zuständigkeiten des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr werden um folgende Aufgaben ergänzt:
 - Qualifizierte Beratung aller Umweltbelange im Bezug auf konkrete Baumaßnahmen oder Bauleitplanungen, die sich mit dem Bestand und der Entwicklung von Flora und Fauna oder Wirkungen von Luft, Immissionen, Grundwasser, des Bodens und des Stadtklimas auf Menschen, Tiere und Pflanzen beschäftigen,
 - Gewässerbaumaßnahmen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach,
 - Bodenschutzmaßnahmen.
5. Dem Rat wird einstimmig empfohlen, die Neufassung der Zuständigkeitsordnung mit den vom Hauptausschuss vorgeschlagenen Änderungen in der Sitzung am 29.09.2009 zu beschließen. Über einzelne, aus den Reihen des Hauptausschusses vorgeschlagene Aufgabenzuweisungen solle in der nächsten Wahlperiode entschieden werden.
Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Ratssitzung am 29.09.2009 einen überarbeiteten Entwurf der Zuständigkeitsordnung vorzulegen.

22 **Ortsrechtliche Regelungen für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach**

Vorlage: 229/2009

Auf Anregung der Gleichstellungsbeauftragten hat der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann einstimmig empfohlen, in die Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirates folgenden Zusatz aufzunehmen, der die Umsetzung des § 12 des Landesgleichstellungsgesetzes verankert. Danach sollen Kommissionen, Beiräte, Verwaltungs- und Aufsichtsräte sowie sonstige Gremien geschlechtsparitätisch besetzt werden. Er empfiehlt einstimmig, die Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirates der Stadt Bergisch Gladbach, in § 6 *Wahlvorschläge, Absatz 3* um folgenden Text zu ergänzen:

Bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten ist der § 12 des Landesgleichstellungsgesetzes umzusetzen:

„Kommissionen, Beiräte, Verwaltungs- und Aufsichtsräte sowie sonstige Gremien sollen geschlechtsparitatisch besetzt werden. Bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen für Wahlgremien und –organe soll auf die paritätische Repräsentanz geachtet werden.“

Im Übrigen wurde die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Der Sozialausschuss hat in der Sitzung am 09.09.2009 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Die Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach und die Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach werden in der Fassung der Vorlage beschlossen. Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Hauptausschusses hat in der Sitzung am 24.09.2009 dem Rat einstimmig folgende modifizierte Beschlussempfehlung gegeben:

1. § 6 Abs. 3 Wahlordnung für den Seniorenbeirat wird um folgenden Satz ergänzt:
Bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen soll auf die paritätische Repräsentanz von Frauen und Männer geachtet werden (§ 12 Landesgleichstellungsgesetz NRW).
2. Die Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach und die Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt werden in der Fassung der Vorlage mit der v. g. Ergänzung des § 6 beschlossen.

23 Neuwahl des Integrationsbeirates

Vorlage: 0428/2009

Der Hauptausschusses hat in der Sitzung am 24.09.2009 dem Rat einstimmig bei einer Enthaltung der KIDinitiative folgende **modifizierte Beschlussempfehlung** vorgeschlagen:

1. In Bergisch Gladbach wird ein Integrationsrat gebildet.
2. Der Integrationsrat besteht aus 14 Mitgliedern, die für die Dauer der Wahlzeit des Rates nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt werden, und 7 weiteren Mitglieder, die der Rat aus seiner Mitte bestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat zeitnah Entwürfe zur Änderung der Hauptsatzung und der Wahlordnung des Integrationsbeirates zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Wahltag für den Integrationsrat ist der **7. Februar 2010**.

24 Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in 2010

Vorlage: 327/2009

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat einstimmig folgende Beschlussfassung:

1. Die zum 31.12.2009 auslaufenden Verträge mit den Trägern der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit einschließlich der sozialraumorientierten Arbeit in Bockenberg und der Kreativitätsschule werden mit gleich bleibenden Vertragskonditionen um ein Jahr bis zum 31.12.2010 verlängert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt im ersten Halbjahr 2010 gemeinsam mit den Trägern der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Kreativitätsschule das aktuelle Konzept und die Fördermodalitäten zu bewerten und orientiert am Rahmen einer künftigen Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach insbesondere unter Einbezug der Veränderungen in der Sekundarstufe I weiter zu entwickeln. Die Verhandlungen werden frühzeitig durch einen interfraktionellen Arbeitskreis begleitet.
3. Der finanzielle Rahmen ergibt sich aus dem voraussichtlich erforderlichen Haushaltssicherungskonzept bzw. den Vorgaben der Kommunalaufsicht zum Nothaushaltsrecht.

Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss ist in der Sitzung am 22.09.2009 einstimmig mit folgendem Zusatz unter Punkt 1: „...werden, **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung**, mit gleich bleibenden Vertragskonditionen ...“ dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt.

25 **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**
Vorlage 330/2009
 Die Vorlage ist beigelegt.

26 **2. Nachtragssatzung zur Änderung der "Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern"**
Vorlage: 0335/2009

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses haben in der Sitzung am 15.09.2009 eine Tischvorlage mit folgenden Korrekturen erhalten:

In der Anlage 2 zur o. g. Satzung ist § 3 Abs. 4 (Seite 59 der Einladung Jugendhilfeausschuss, Seite 11 der Vorlage) leider fehlerhaft.

Satz 2 muss lauten: „Abweichend von Satz 2 . . .“ statt „Abweichend von Satz 1 . . .“.

Im letzten Satz dieses Absatzes muss es heißen: „ . . . bestimmbar sind, ist abweichend von Satz 3 auf das zu erwartende . . .“ anstatt „ . . . bestimmbar sind, ist abweichend von Satz 2 auf das zu erwartende . . .“

Die korrekte Fassung von § 3 Abs. 4 der Satzung ist nachfolgend abgedruckt.

(4) Maßgebend ist das Einkommen in dem der Angabe vorangegangenen Kalenderjahr für die Bemessung der Beitragshöhe ist das Einkommen, welches im jeweiligen Kalenderjahr der Betreuung erzielt wird. Das zur Berechnung des Elternbeitrages vorzulegende Einkommen des Vorjahres dient lediglich der vorläufigen Beitragsbemessung. Abweichend von Satz 2 ist das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres; wird das Zwölfwache des Einkommens des letzten Monats zugrunde

gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im letzten Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen. ~~Der Elternbeitrag ist ab dem Kalendermonat nach Eintritt der Änderung neu festzusetzen.~~ Soweit Monatseinkommen nicht bestimmbar sind, ist abweichend von Satz 3 auf das zu erwartende Jahreseinkommen abzustellen.

Unter Berücksichtigung dieser Korrekturen empfiehlt der Jugendhilfeausschuss dem Rat einstimmig, die 2. Nachtragssatzung zur Änderung der „Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern“ (Anlage 1 der Vorlage) zu beschließen.

27 II. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung)
Vorlage: 0342/2009

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 17.09.2009 dem Rat einstimmig empfohlen, die II. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) in der Fassung der Vorlage zu beschließen.

28 Bergisch Gladbach - Stadtmitte:
- Festlegung als Stadtumbaugebiet
Vorlage: 0437/2009
Die Vorlage ist beigelegt.

29 Regionale 2010 - Stadt gestalten
- Ergebnis Öffentlicher Raum Wettbewerb Ost
Vorlage: 0343/2009
Die Vorlage ist beigelegt.

30 Bebauungsplan Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße-
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung
Vorlage: 0389/2009
Die Vorlage ist beigelegt.

Der Planungsausschuss hat sich in seinen Sitzungen am 03.02.2009 (zu Ziffer I.) und 08.09.2009 (zu Ziffern II. und III) mit dem Bebauungsplan Nr. 5342 befasst und dem Rat jeweils mehrheitlich gegen die Stimme von BfBB bei zwei Enthaltungen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

I. Den im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung des

Bebauungsplans Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße-
gem. §3 Abs.2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender

B1 Sabine Auweiler wird nicht entsprochen.

B2 Günter und Margret Keller wird teilweise entsprochen.

B3 Dr. Wolfgang und Ilse Staubwasser wird teilweise entsprochen.

B4 Dr. Klaus Gotzmann wird teilweise entsprochen.

B5 Rechtsanwälte Redeker Sellner Dahs & Widmaier, für die Mandanten Mandaten: Carola + Hanns Bernstein wird teilweise entsprochen.

- B6 H.-J. Möller wird nicht entsprochen.**
- B7 Karl-Heinz und Eva Mols wird teilweise entsprochen.**
- B8 Harald Knorn wird teilweise entsprochen.**
- B9 Franz Haag wird teilweise entsprochen.**
- B10 Christine Haag wird teilweise entsprochen.**
- B11 Norbert Weiß wird teilweise entsprochen**
- B12 Evelyn Hamm wird nicht entsprochen.**
- B13 Angelika und Martin Wiegelmann wird teilweise entsprochen.**
- B14 Rechtsanwalt Hans G. Neu für die Mandanten Barbara und Karl Hecker wird teilweise entsprochen.**
- B15 Nicole Caroline Kritzler wird teilweise entsprochen.**
- B16 Rainer Fiedler wird teilweise entsprochen.**
- B17 Rechtsanwalt Konrad Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen.**
- B18 Klaus Stein wird teilweise entsprochen.**
- B19 Hannelore und Joachim Düvel wird nicht entsprochen.**
- B20 RAG Scharfschützen e.V., Jochen Pruntsch wird entsprochen.**
- B21 Hans Borchardt wird nicht entsprochen.**
- T1 Rheinische NETZGesellschaft mbH, N-Leitplanung wird entsprochen.**
- T2 Geologischer Dienst NRW wird teilweise entsprochen.**
- T3 Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH wird entsprochen.**
- T4 Umicore Bausysteme GmbH wird entsprochen.**
- T5 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.**
- T6 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.**
- T7 IHK Köln, Zweigstelle Leverkusen / Rhein-Berg wird entsprochen.**
- T8 Bezirksregierung Arnsberg, Abt.8 Bergbau und Energie in NRW wird teilweise entsprochen.**
- T9 Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Regionalforstamt Bergisches Land wird teilweise entsprochen.**
- F1 Stadt Bergisch Gladbach. Fachbereich 7, Immissionsschutz wird teilweise entsprochen.**

II. Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des

**Bebauungsplans Nr. 5342 -Vinzencz-Pallotti-Straße-
gem. §3 Abs.2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender**

- B1 Gabriele Behr wird nicht entsprochen.**
- B2 Franz und Christine Haag wird teilweise entsprochen.**
- B3 Rechtsanwalt Konrad Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen.**
- B4 Karin und Robert Peters wird teilweise entsprochen.**
- B5 Ingelore Ebeling-Weber wird teilweise entsprochen.
Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.**
- T1 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.**
- T2 Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelräumdienst wird entsprochen.**
- F1 Stadt Bergisch Gladbach. Fachbereich 7,
Verkehr wird teilweise entsprochen,
Entwässerung wird entsprochen.**

III. Der BP Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße - wird gemäß §10 BauGB und der §§7 und 41 GO NW als Satzung beschlossen und dazu die Begründung gemäß §9 Abs.8 BauGB.

**31 Bebauungsplan Nr. 5423 - Industriegeweg -
- Erlass einer Veränderungssperre**

Vorlage: 0339/2009

Der Planungsausschuss hat in der Sitzung am 08.09.2009 dem Rat einstimmig folgende Beschlussempfehlung gegeben:

Für den Geltungsbereich des zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplans **Nr. 5423 – Industriegeweg** – wird eine Veränderungssperre erlassen. Die der Vorlage beigefügte Satzung über die Veränderungssperre ist Teil dieses Beschlusses.

32 Anträge der Fraktionen

32.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2009, die Generalinstandsetzung des Schwimmbades Mohnweg von der Haushaltssperre auszunchmen und die Maßnahme so schnell wie möglich zu beginnen

Vorlage: 0436/2009

Die Vorlage ist beigefügt.

33 Anfragen der Ratsmitglieder

Eine Erläuterung erübrigt sich.

